



**VEREINIGUNG DER HESSISCHEN
UNTERNEHMERVERBÄNDE**

Position

**des Präsidiums der Vereinigung der hessischen
Unternehmerverbände (VhU)**

Studiengebühren fördern Qualitätswettbewerb

Frankfurt am Main, 28. Juni 2006

Ansprechpartner:

Jörg Feuchthofen, Geschäftsführer Bildungs- und Gesellschaftspolitik

Die VhU begrüßt die von der Landesregierung beabsichtigte Einführung von Studiengebühren. Sie unterstützt diese bildungspolitisch richtige, von uns bereits seit den 70er-Jahren geforderte Maßnahme nach Kräften.

Denn Studiengebühren

- **sind der beste Weg zu mehr Qualität an den Hochschulen, weil sie bei den Studenten den Blick für die Zukunftsinvestition Studium schärfen und bei den Hochschulen den Qualitätswettbewerb dynamisieren;**
- **sind gerechter, weil sie die Steuern zahlenden Bürger entlasten und die Akademiker finanziell verantwortlich machen für ihren besseren Berufseinstieg.**

Studiengebühren sind der beste Weg für mehr Qualität an den Hochschulen

Denn der eigene Beitrag von Studenten wird das Verständnis des Studiums – und damit auch das Verhältnis zwischen Studierenden, Lehrenden und Hochschulen - fundamental verändern. Das Studium wird zu einer Investition in die eigene Zukunft, auf deren Qualität man als Studierender gezielt Einfluss nimmt. Wer selbst einen Teil seines Studiums bezahlt, wird es sich nicht gefallen lassen, dass er in überfüllten Hörsälen Mittelmaß vorgesetzt bekommt. Vielmehr wird er sich sehr genau anschauen, wo das Beste für seine individuellen Bedürfnisse angeboten wird. Das wird den Qualitätswettbewerb der Hochschulen entscheidend beschleunigen.

Dieser hat zur Voraussetzung, dass Studiengebühren den Universitäten zielgenau für die Qualitätsverbesserung zur Verfügung gestellt werden, und nicht etwa zur Entlastung der Staatskasse verwendet werden. Das hat die hessische Landesregierung zugesichert. Deshalb verstehen wir überhaupt nicht, warum die Studenten nicht ihre Hochschule und die Landesregierung in die Pflicht nehmen, schon mit Einführung der Studiengebühren sofort messbare qualitative Verbesserungen bereitzustellen. Diese Forderung würde die hessische Wirtschaft sofort mittragen.

Studiengebühren schaffen Gerechtigkeit, wenn allen der Zugang zum Studium ermöglicht wird

Studiengebühren beenden einen ungerechten Zustand. Es ist nicht gerecht, dass z. B. eine Friseurin mit einem Stundenlohn von 7 € über ihre Steuer einem Akademiker

das Studium finanziert, der später das Vielfache ihres Lohns erhalten wird. Und dass dieselbe Friseurin ihren sechsmonatigen Meisterlehrgang mit 5.000 € ganz selbstverständlich selbst bezahlen muss, der Student aber nicht.

Studiengebühren sind dann gerecht, wenn jedem der Zugang zum Studium ermöglicht wird. Dies muss durch ein bequemes Darlehen geschehen, das dann zurückgezahlt wird, wenn der Akademiker entsprechend zur Rückzahlung in der Lage ist. Diesen zweiten Schritt haben wir vorgeschlagen und von der Landesregierung gefordert. Die Landesregierung hat diese Zusicherung gegeben.

Die hessische Wirtschaft

- **fordert Hochschulleitungen und –management auf, Ihren Widerstand gegen Studiengebühren aufzugeben und sich diesem Qualitätswettbewerb in vollem Umfang zu stellen**
- **fordert die Studenten auf, ihre Kritik in ihrem eigenen und dem Gesamtinteresse auf diese Qualitätsdiskussion zu lenken**
- **und fordert die Hochschulräte auf, die Einführung der Studiengebühren energisch zu unterstützen.**

Frankfurt am Main, 28. Juni 2006